

BEKÄMPFUNG DES SOZIALDUMPINGS VERLANGT NACH EINER KOHÄRENTEN REGIERUNGSPOLITIK

Mitte August, Gaalgebierg, Esch-Alzette: bei der Begehung einer Baustelle der öffentlichen Hand fallen einem Handwerker mehrere Handwerksbetriebe auf, die trotz Kollektivurlaubs arbeiten. Es handelt sich ausnahmslos um ausländische Betriebe aus allen möglichen Bereichen: Bau, Ausbau, Technik. Nun ist es nicht so, dass jedes dieser Gewerke unter die Bestimmungen des Kollektivurlaubs fällt, allerdings ist dies bei einigen sehr wohl der Fall. Darüber hinaus sind Baustellen dieser Grössenordnung in Abwesenheit der Generalunternehmung während der Urlaubszeit generell einfach dicht. Nicht so in Esch, hier wurde munter gearbeitet – wie gesagt, auf einer Baustelle der öffentlichen Hand – und die Luxemburger Handwerksbetriebe respektierten während der gleichen Zeit die Gesetzgebung, verdienten kein Geld und feierten den gesetzlichen Urlaub ab.

Unter welchen Bedingungen diese ausländischen Betriebe den Zuschlag für die Arbeiten erlangten, lässt sich anhand dieses Beispiels leicht abschätzen. Sozialdumping kann in den Augen des Handwerks jedoch nicht die Regel werden, mittels derer man Zuschläge ergattert. Damit macht man einen ganzen Sektor kaputt um ein paar Kröten zu sparen – und besagte Ersparnis hat bestenfalls kurzfristigen Charakter.

Sozialdumping zerstört Arbeitsplätze, gefährdet ansonsten gesunde Unternehmen und kostet die Allgemeinheit viel Geld, in Form nicht gezahlter Sozialbeiträge und Steuern. Trotzdem fällt die Bekämpfung von Sozialdumping und Schwarzarbeit in Luxemburg eher halbherzig aus.

In unseren Augen ist das ein kapitaler Fehler. Sozialdumping geht alle an. Unternehmensverbände ebenso wie Gewerkschaften, mit denen wir ausnahmsweise auf einer Linie liegen, und an vorderster Stelle Gesetzgeber und Regierung.

Luxemburger Unternehmen, die in der nahen Grenzregion arbeiten, berichten einstimmig, dass ausländische Autoritäten sowohl den Willen haben als auch die operativen Möglichkeiten bereitstellen, um es mit den entsprechenden Kontrollen auf ihrer Seite der Grenze sehr genau zu nehmen.

Systematisch dauert es nur ein wenige Stunden nachdem die Baustelle in Betrieb genommen wurde, bis die Damen und Herren von Zoll und Gewerbeaufsicht vorstellig werden um sicherzustellen, dass das ausländische Unternehmen, das auf ihrem Territorium arbeitet, über alle Genehmigungen verfügt und sich in allen Belangen an die geltende Rechtslage hält. Über die Hürden, die

Luxemburger Unternehmen oftmals überwinden müssen, die im Ausland an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen, ganz zu schweigen.

Gerade in Luxemburg, wo jeden Morgen tausende ausländische Handwerksunternehmen die Grenze überqueren, scheint kein klares Konzept zu existieren, wer wen nach welchen Kriterien kontrolliert. Eher halbherzig, ja zaghaft nehmen sich die Autoritäten dieser Kontrollaufgaben an. Gut gemeinte gesetzgeberische Ansätze werden nach juristischen Rückschlägen schnellstens begraben um nie wieder aufzutauchen anstatt nachzubessern.

Der Arbeitsminister ist sich der Problematik bewusst, und möchte den Gesetzesrahmen in Bezug auf die Entsenderichtlinie anpassen. Die Gewerbeinspektion, Zoll, Polizei, Steuerverwaltung, Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium, Infrastrukturministerium und Sozialversicherung, die bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und Sozialdumping bestenfalls Teilkompetenzen haben, müssen in Zukunft effizient zusammenarbeiten, und definitiv abklären wer über welche Weisungskompetenzen verfügt und wer verwaltungsübergreifende Koordinierungsaufgaben wahrnimmt.

Die Reform der Gewerbeaufsicht zieht sich in die Länge und uns ist nicht bekannt, ob die ITM denn nun schlussendlich mit den finanziellen und personellen Mitteln und mit der gesetzlichen Rückendeckung ausgestattet wird, um ihrer Mission in diesem Punkt gerecht zu werden. Das Handwerk braucht die Gewerbeinspektion, es braucht dringend eine verbesserte, effizientere Inspektion. Das Handwerk wünscht sich händelnd, dass die gemachten Versprechungen in Sachen Gewerbeinspektion, Aufstockung ihrer Mittel

und insbesondere Rekrutierungsprozeduren beim Personal endlich Realität werden!

Zurzeit wird auch das Vergabegesetz reformiert. Das Handwerk vermisst beim vorliegenden Entwurf ganz entschieden, dass keine Instrumente enthalten sind, die zuverlässig die Förderung von Sozialdumping durch öffentliche Gelder verhindern könnten. Im Gegenteil, verschiedene, im Gesetzentwurf vorgesehene Bestimmungen, riskieren geradezu den Sozialdumping und den unlauteren Wettbewerb noch weiter zu fördern. Der Infrastrukturminister, von dem wir wissen, dass auch ihm die Thematik am Herzen liegt, wird dringendst aufgefordert, den Gesetzentwurf schnellstmöglich nachzubessern. Die Fédération des Artisans hat entsprechende Vorschläge unterbreitet, die bis jetzt aber noch nicht in den Text eingeflossen sind. Wiederholungstäter müssen beispielsweise zumindest zeitweise von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden! Vielleicht müssen wir sie gemeinsam mit den Gewerkschaften vors Hochhaus ziehen, um Gehör zu finden?

Es geht hier bestimmt nicht um Protektionismus. Konkurrenz belebt das Geschäft, aber nur unter gleichen

Wettbewerbsbedingungen. Es geht also darum sicherzustellen, dass inländische und ausländische Unternehmen nach den gleichen Regeln spielen. Und genau das gibt der vorliegende Reformtext über das Ausschreibungswesen nicht her. Wir verstehen, dass der Staat schnell und billig bauen will, das jedoch darf nicht auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit und auf dem Rücken der gesetzestreuenden Unternehmen und ihren Mitarbeitern passieren.

Wir bezweifeln nicht, dass die Regierung über genügend politischen Willen verfügt, um einen ernsthaften Versuch zu unternehmen, das Problem Sozialdumping wirkungsvoll anzugehen. Doch wie immer, wenn eine Politik ressortübergreifend angegangen werden muss, steckt der Teufel im administrativen und bürokratischen Detail. Die Bekämpfung des Sozialdumpings ist also eine eminent politische Aufgabe. Die Bekämpfung des Sozialdumpings obliegt aber nicht allein dem Arbeitsminister. Die Bauherren sind heier auch gefordert, und das ist in diesem Fall der Bautenminister, der für faire Wettbewerbssituation sorgen muss, die Sozialdumping verhindert anstatt erleichtert. Die Fédération des Artisans ihrerseits will ganz entschieden Sozialdumping samt seinen extrem negativen Folgen bekämpfen und verlangt dies auch von allen Regierungsstellen.

LE COMBAT DU DUMPING SOCIAL DEMANDE UNE RÉPONSE COORDONÉE DE LA PART DU GOUVERNEMENT

Mi-août sur un chantier public situé au Gaalgebierg à Esch-sur-Alzette. Bien qu'on se situe en plein congé collectif un nombre impressionnant d'entreprises étrangères du secteur de la construction, du parachèvement et de l'équipement technique continuent à se livrer à leurs activités habituelles alors que les entreprises artisanales issues des corps de métiers visés respectent l'obligation de cesser leur activité pendant cette période de l'année.

Il semble évident sous quelles conditions ces entreprises étrangères ont pu remporter ce marché public. A nos yeux, le non respect de la réglementation sociale en vigueur pour faire baisser le prix ne peut pas constituer le prérequis pour se voir attribuer un marché public.

Le dumping social détruit des emplois, met en péril des entreprises sinon parfaitement saines et coûte

beaucoup d'argent à la collectivité sous forme de cotisations et d'impôts non versés. Malgré ces effets néfastes, le combat du dumping et du travail clandestin se fait de manière plutôt timide et sans réelle conviction.

A nos yeux cela représente une situation intenable. Le combat du dumping devrait intéresser tous les acteurs au plus haut niveau. Fédération d'employeurs, syndicats et avant tout le législateur et le gouvernement.

Les entreprises luxembourgeoises qui travaillent occasionnellement de l'autre côté de la frontière nous rapportent qu'il ne faut que quelques heures avant que les autorités compétentes ne se présentent pour effectuer toute une panoplie de contrôles pour être sûr et certain que les entreprises étrangères actives sur leur territoire disposent bien des autorisations nécessaires et appliquent à la lettre la réglementation en vigueur. Les autorités allemandes, belges et françaises disposent des instruments réglementaires et des capacités opérationnelles pour mettre en place des contrôles systématiques et efficaces. Et on ne parle même pas des difficultés que rencontrent les entreprises luxembourgeoises qui essaient de participer aux marchés publics à l'étranger.

Au Grand-Duché, où chaque matin autant d'entreprises artisanales traversent la frontière qu'on compte d'entreprises luxembourgeoises, on ne semble pas disposer de stratégie et de concepts de contrôle clairs et efficaces pour garantir le respect de notre réglementation.

Conscient de la problématique, le ministre du Travail a annoncé de vouloir légiférer au niveau du détachement de salariés étrangers. Toujours est-il qu'on ne sait toujours pas comment la ribambelle d'administrations à commencer par l'ITM, la Douane, la Police, le MDDI, en passant par le ministère de l'Economie, l'administration des contributions et les assurances sociales qui ont tous des responsabilités dans ce dossier puissent collaborer efficacement dans l'intérêt de la chose.

Il faudra trouver une définition claire des missions et compétences et du mode de collaboration entre ces acteurs.

La réforme de l'ITM fait long feu et on ignore si l'inspection sera finalement dotée des ressources et de l'encadrement réglementaire nécessaires qui lui permettent de remplir ses missions.

L'artisanat a besoin d'une ITM performante et il serait nécessaire de concrétiser les annonces qui vont dans ce sens, notamment en ce qui concerne la procédure de recrutement des inspecteurs.

Actuellement, la loi sur les marchés publics est sur le point d'être réformée. Pour l'artisanat, le projet de réforme ne contient pas d'instruments susceptibles d'éliminer efficacement et systématiquement le dumping social dans le contexte de soumissions publiques. Au contraire, certaines dispositions contenues dans le texte sont de nature à favoriser carrément le dumping social. A nos yeux, il devrait être clair que de récidivistes puissent être exclus temporairement de tous marchés publics.

Le ministre des Infrastructures, qui n'est certainement pas insensible par rapport à cette problématique, devrait à nos yeux combler cette lacune avant que le texte ne passe au vote.

La Fédération des Artisans a fait des propositions que l'administration n'a pas repris dans le projet de loi. Peut-être on devrait faire front commun avec les syndicats sur ce point, pour que le gouvernement réagisse ?

Notre objectif n'est certainement pas de ranimer de réflexes protectionnistes. Au contraire, une concurrence est saine sous condition de mettre les entreprises luxembourgeoises et étrangères sur un pied d'égalité. A nos yeux, le texte ne donne pas de garanties suffisantes sur ce point.

On comprend que l'Etat souhaite construire rapidement et au prix le plus bas. Mais cela ne doit se faire tout en respectant l'Etat de droit et en respectant les entreprises et les salariés qui se conforment aux règles de jeux.

On ne doute pas qu'il existe la volonté politique au sein du gouvernement pour combattre plus efficacement le phénomène très réel du dumping social. Mais si souvent quand une politique doit être mise en place par plusieurs administrations, le diable se cache dans les détails bureaucratiques.

Le combat du dumping social est donc un défi éminemment politique. Ce combat n'est pas dans la seule responsabilité du ministre du Travail. Les maîtres d'ouvrages aussi ont leur part de responsabilité dans ce contexte. Ce constant vaut bien sûr aussi pour le ministre responsables pour les Infrastructures. La Fédération des Artisans est décidée de ne pas baisser les bras et demande au gouvernement de s'associer activement à ce combat.



Romain Schmit | Secrétaire Général
 T +352 42 45 11 - 26 | E r.schmit@fda.lu
 I www.fda.lu | twitter @romschmi

